

# Dokumentation

Berichtszeitraum  
Oktober – November  
2005

## Außenpolitik

Eva Knoll / Carola Milbrodt

### 1 Rumsfeld in China: Militärausgaben zentraler Kritikpunkt

Auf Einladung des chinesischen Verteidigungsministers Cao Gangchuan stattete der US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld China vom 18. bis 20. Oktober – einen Monat vor dem Besuch von US-Präsident Bush (siehe folgende Dok) – einen offiziellen Freundschaftsbesuch ab. Während seines Besuches traf er neben Cao auch mit Staatspräsident Hu Jintao und anderen ranghohen Regierungsmitgliedern zusammen. Es war dies die erste Reise Rumsfelds nach China seit seinem Amtsantritt als Verteidigungsminister im Januar 2001.

Als Grund für diesen späten Besuch Rumsfelds in der Volksrepublik sind die noch immer angespannten Militärbeziehungen, ausgelöst durch die Kollision eines chinesischen Kampfflugzeuges mit einem amerikanischen Spionageflugzeug im Jahr 2001 zu nennen. „Ohne den Zwischenfall mit dem Aufklärungsflugzeug wäre ich schon früher gereist“, so Rumsfeld. Von chinesischer Seite waren die militärischen Kontakte bereits im Mai 1999

nach der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad abgebrochen worden.

Zentraler Punkt der Gespräche waren neben der Taiwan-Frage und dem nordkoreanischen Atomwaffenprogramm vor allem Chinas rasch wachsende Militärausgaben, die die Bush-Administration als potenzielle Bedrohung der amerikanischen Interessen in Asien ansieht. Die dadurch entstehende Belastung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen war bereits im Vorfeld der Reise deutlich sichtbar geworden, als Rumsfeld im Juni diesen Jahres bei einem Treffen der asiatischen Verteidigungsminister in Singapur offen erklärte hatte, China stelle eine wachsende Bedrohung für die Stabilität der Region dar.

Prompt waren bei Rumsfelds Besuch alles andere als diplomatische Floskeln zu hören. Gleich zu Beginn seines Besuches äußerte Rumsfeld ungeschönt die Sorge der USA über die Untertreibungen der chinesischen Führung ihre Militärausgaben betreffend, die laut Rumsfeld nicht im vollen Umfang offen gelegt würden. Er bezog sich dabei auf die vom Pentagon angenommene Differenz in den Militärausgaben, die sich nach Schätzung des chinesischen Militärhaushalts für 2005 auf 90 Mrd. US\$ belief. Die offiziellen chinesischen Angaben geben jedoch nur ein Drittel, 30 Mrd. US\$, an. Die Unklarheit über die strategischen Absichten durch die wachsende militärische Stärke Chinas nähre das Misstrauen in den USA, so Rumsfeld. Bereits auf seinem Weg nach China hatte er geäußert: „Es ist interessant, dass andere Länder sich fragen, warum die Chinesen ihre Verteidigungsbemühungen in diesem Tempo steigern und es doch nicht eingestehen.“

Seine Unzufriedenheit über die Militärausgaben äußerte Rumsfeld auch am zweiten Tag seines Besuches in einer Rede in der Zentralen Parteihochschule. Der Ausbau des chinesischen Militärs habe „Sorgen in der Region“ hervorgerufen. Viele Länder hätten demnach „Fragen zur Geschwindigkeit und zum Umfang der militärischen Expansion Chinas“.

Bei seinem Besuch in der Chinesischen Militärakademie gaben ihm abermals die mangelhafte Transparenz der chinesischen Aufrüstung Anlass zu Kritik: Die Fortschritte Chinas beim Bau von strategischen Raketen mit Reichweiten über den Pazifik würden Fragen aufwerfen, vor allem deshalb, „weil wir ein unvollständiges Verständnis dieser Entwicklung haben“. Neben den Vorwürfen wurden aber auch versöhnliche Töne laut, die dem chinesischen Wunsch nach internationaler Geltung entsprachen. So rief Rumsfeld die Volksrepublik dazu auf, sich bei der Lösung von Sicherheitsfragen stärker zu positionieren. China sei ein wichtiges Land in der Region und spiele eine immer wichtigere Rolle weltweit. Die USA sehe in China ein Land, das sich stärker einschalten sollte, um die Welt friedfertiger zu machen.

Die chinesischen Gastgeber gaben sich ob der geäußerten Kritik am Verteidigungshaushalt sichtlich bemüht, den amerikanischen Bedenken beruhigende Worte entgegenzusetzen. Nach seinem Gespräch mit Rumsfeld beteuerte der chinesische Verteidigungsminister, die chinesischen Militärausgaben seien nicht höher, als offiziell angegeben. 30,2 Milliarden Dollar, so Cao, seien „das korrekte Budget“, führte jedoch an, dass einige Programme wie beispielsweise die bemannte chinesische Raumfahrt nicht vom angegebenen Verteidigungshaushalt abgedeckt würden. Beschwichtigend führte er an, es sei „unnötig und unmöglich“ für China, seine Ausgaben so drastisch wie vom Pentagon angenommen zu erhöhen, da China seine Prioritäten in der Wirtschaft und in der Verbesserung des Lebensstandards angesiedelt habe.

In gleicher Weise äußerte sich auch der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Kong Quan, über die Vorwürfe. Man hoffe, dass der Besuch dazu diene, das gegenseitige Verständnis und Vertrauen zu erhöhen. Jedes Jahr, so Kong, veröffentliche die chinesische Regierung ihre Rüstungsausgaben und erkläre auch dabei deren Ziele.

Auch der Kommandeur der chinesischen Atomstreitkräfte, Gene-

ral Jing Zhiyuan, bemühte sich um versöhnliche Worte, als Rumsfeld dessen Hauptquartier des Zweiten Artillerie-Korps in Qinghe besuchte. Er versicherte Rumsfeld, dass amerikanische Städte nicht Ziele chinesischer Raketen seien und dass China im Konfliktfall nicht als erstes Atomwaffen einsetzen würde. Sorgen in dieser Hinsicht seien „völlig grundlos“. Von amerikanischer Seite wurde der Besuch in Qinghe als Signal für wachsende Offenheit gewertet, war Rumsfeld doch der erste US-Regierungsbeamte und westliche Politiker überhaupt, der nach jahrelangen Anfragen seitens der USA nun endlich Zugang zu dem Kommandozentrum erhielt, das seit 1966 für die atomar bestückten Internkontinentalraketen zuständig ist. Abgelehnt wurde dagegen Rumsfelds Bitte, auch das Kommandozentrum in den Westlichen Bergen, von Rumsfeld als „echtes chinesisches Pentagon“ bezeichnet, zu besichtigen.

Trotz der harten Kritik von amerikanischer Seite schien es dennoch, als seien beide Länder bereit, das Misstrauen durch den Ausbau des militärischen Austausches abzubauen. Rumsfeld bezeichnete sein Gespräch mit Cao „konstruktiv und nützlich“. Während seines Zusammentreffens mit Hu Jintao sprach der chinesische Gastgeber davon, die Entwicklungen der Militärbeziehungen zwischen China und den USA könnten das Verhältnis im Ganzen wachsen lassen. Im Gegenzug sprach Rumsfeld davon, dass mehr Besuch von Kriegsschiffen und eine größere Zusammenarbeit bei der Ausbildung dazu beitragen könnten, den Blick auf das jeweils andere Land zu „entmystifizieren“. Dass diese Propezeiungen allerdings vorerst Zukunftsmusik bleiben werden, zeigen die Beschränkungen des amerikanischen Kongresses, der den Austausch des amerikanischen Militärs mit China eingeschränkt hat, um zu verhindern, dass chinesische Soldaten kriegsrelevante Informationen gewinnen können. Dennoch wurde Rumsfelds Chinavisite, trotz dessen unangenehm deutlicher Worte, von chinesischer Seite als „sehr erfolgreicher Besuch“ gewertet, der laut Außenamtssprecher Kong Quan dazu

geführt hätte, „Schritte zu gegenseitigem Vertrauen“ einzuleiten.

Nach seinem Besuch in China setzte Rumsfeld seine Reise weiter nach Südkorea, Mongolei, Kasachstan und Litauen fort. (Xinhua, 17., 19., 21.10.05, nach BBC PF, 17., 19., 21.10.05; XNA, 19., 20., 21.10.05; HB, 19.10.05; FAZ, 19., 20., 22.10.05; WSJ, 15., 18., 19., 20.10.05; FT, 17., 20.10.05; SCMP, 17., 19., 20., 21., 23., 25.10.05; IHT, 17., 18., 20.10.05; ST, 19., 20., 21., 22., 25.10.05) -eva-

## 2 Trotz Verärgerung Chinas über Äußerungen von Bush – betonte Harmonie bei dessen Besuch in China

Zum Auftakt seiner Asienreise, die den US-Präsidenten George W. Bush nach Japan, Südkorea, China und in die Mongolei führte, verärgerte Bush die chinesische Führung prompt mit seiner im japanischen Kyoto gehaltenen Grundsatzrede. Nicht nur, dass Bush ein Plädoyer für mehr Freiheit und Demokratie in Asien hielt, er lobte ausgerechnet Taiwan als erfolgreiches Modell für die Transformation von einem restriktiven politischen System zu einer lebendigen Demokratie. Mit dem Bezug auf das „freiheitliche und wohlhabende“ Taiwan ermutigte er die VR China, politische Reformen durchzusetzen und die Öffnung des Landes voranzutreiben. China habe bereits einige Schritte in Richtung Freiheit unternommen, stehe aber erst am Anfang dieser Entwicklung, machte Bush deutlich. Sobald die „Tür zur Freiheit“ nur einen Spalt weit geöffnet sei, könne sie nicht mehr verschlossen werden, denn mit zunehmendem Wohlstand würden auch die Forderungen nach politischer Freiheit wachsen, erklärte der US-Präsident und ergänzte, je freier China zu Hause sei, desto willkommener werde es im Ausland sein. Insbesondere die Aufforderung, Taiwan als positives Beispiel zu sehen, dürfte Beijing sehr verärgert haben. In einer offiziellen Erklärung der chinesischen Regierung wurden die Äußerungen schroff als Einmischung in innere Angelegenheiten zurückgewiesen. Es gebe

keine Defizite bei Demokratie und Bürgerrechten, hieß es weiter.

Trotz dieser Unstimmigkeiten und obwohl US-Präsident Bush auch in China seinen Appell nach mehr sozialen, politischen und religiösen Freiheiten gegenüber Journalisten wiederholte, zeigte sich die chinesische Führung während des Besuches vom 19. bis 21. Oktober betont kooperativ. Beide Seiten stellten eine Verbesserung der Beziehungen fest und betonten die gemeinsamen Interessen. George W. Bush lobte die Zusammenarbeit in der Frage um das nordkoreanische Atomprogramm und bei der Bekämpfung der Vogelgrippe. Vor Journalisten sagte er: „Die Beziehungen mit China sind gut, lebhaft und stark“. (ST, 21.11.05) Nach politischen Gesprächen des US-Präsidenten mit Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao betonten beide Seiten den gemeinsamen Willen zur Zusammenarbeit.

Im Mittelpunkt dieses dritten Besuches von US-Präsident Bush in China standen wirtschaftliche Fragen. Diverse Themen, die in den vergangenen Monaten für bilaterale Spannungen sorgten, wurden in der Unterredung beider Staatschefs besprochen. Bush drängte die Führung in Beijing zum besseren Schutz geistiger Eigentumsrechte, zu einer weiteren Öffnung des chinesischen Marktes für amerikanische Produkte und zur Aufwertung der chinesischen Währung. Der chinesische Staatspräsident signalisierte zwar, dass China die amerikanischen Sorgen um die stark unausgeglichene Handelsbilanz und die in China verbreitete Produktpiraterie ernst nehmen, machte jedoch keine konkreten Zugeständnisse. Als Geste des guten Willens wurde am Rande des Besuches die Lieferung von 70 Boeing-Flugzeugen nach China besiegelt und der Kauf weiterer 80 Flugzeuge durch China angekündigt.

George W. Bush erneuerte die Einladung an Hu Jintao zu einem Besuch in Washington, da ein geplantes Treffen im Herbst verschoben werden musste (vgl. C.a., 5/2005, Dok 3). Xinhua zufolge sollte der Besuch Anfang nächsten Jahres nachgeholt werden. (SCMP, 10.,

12., 14.11.05; *Wen Wei Po* website, 12., 21.11.05, nach BBC PF, 12., 21.11.05; ST, 21.11.05; IHT, 16.11.05; FT, 17.11.05, S. 2; FAZ, 17.11.05, S. 1, 2, 10; 21.11.05, S. 1; NZZ online, 17.11.05; *Berliner Zeitung*, 17.11.05; XNA, 19., 20., 21., 22.11.05; Xinhua, 19., 20., 21.11.05, nach BBC PF, 19., 20., 21.11.05; *Spiegel* online, 20.11.05; CCTV 1 und CCTV 4, 20.11.05, nach BBC PF, 20.11.05) -cam-

### 3 Schrein-Besuch Koizumis löst erneut schwere diplomatische Spannungen aus

Es war nicht anders zu erwarten, dass ein weiterer Besuch des japanischen Ministerpräsidenten Junichiro Koizumi am symbolträchtigen Yasukuni-Schrein erneut heftige Reaktionen von chinesischer Seite hervorrufen würde. Am 17. Oktober pilgerte Koizumi zum fünften Mal seit seiner Amtsübernahme im April 2001 zum umstrittenen Schrein. Die Gedenkstätte wird in China und anderen asiatischen Staaten als Symbol für die militaristische Vergangenheit Japans angesehen. Auch der Versuch, der Visite einen möglichst privaten Charakter zu geben sowie die weniger zeremonielle Ehrung japanischer Kriegstoter gegenüber früheren Aufwartungen am Schrein, änderten nichts an der Entrüstung Chinas.

Während der chinesische Botschafter in Japan von einer Provokation des chinesischen Volkes sprach, verurteilte die chinesische Regierung das Verhalten Koizumis auf das Schärfste. Vor der japanischen Botschaft in Beijing kam es zu kleineren Protesten. Wegen der Befürchtung massiver antijapanischer Demonstrationen, wie sie im Frühjahr diesen Jahres stattfanden, wurden die Sicherheitsvorkehrungen rings um japanische Einrichtungen in China verstärkt.

Aus Protest gegenüber Koizumis Verhalten sagte die chinesische Regierung sofort den für wenige Tage später geplanten Besuch des japanischen Außenministers Nobutaka Machimura in Beijing ab. Ein

Sprecher des chinesischen Außenministeriums erklärte, es sei für China wegen der ernststen Situation der Beziehungen derzeit nicht möglich, Machimura zu empfangen. (XNA, 18.10.05)

Japan verteidigte hingegen den Besuch am Shinto-Heiligtum mit der bereits mehrfach wiederholten Erklärung, es müsse jedem Land freistehen, wie es seine Toten ehre. Erst einen Monat zuvor ging Koizumi als haushoher Gewinner der Unterhauswahlen innenpolitisch gestärkt hervor. Da bis zu seinem – selbst angekündigten – Rücktritt im September nächsten Jahres keine weiteren Wahlen anstehen, ist Koizumis Verhalten dieses Mal nicht mit einem wahlpolitischen Zugeständnis an die einflussreichen Hinterbliebenenverbände zu rechtfertigen. In der ihm verbleibenden Regierungszeit hätte er mit dem Verzicht auf einen weiteren Besuch am Schrein ein außenpolitisches Signal zur Versöhnung mit Japans Nachbarn, allen voran China, setzen können. Diese Chance ist vertan. (Kyodo news service, 17., 18., 22.10.05, nach BBC, PF, 17., 18., 22.10.05; Xinhua, 17.10.05, nach BBC PF, 17.10.05; IHT, 18., 20.10.05; NZZ, 18.10.05, S. 4; XNA, 18., 20.10.05; ST, 19.10.05; WSJ, 13.9., 19.10.05; SCMP, 19.10.05) -cam-

### 4 Sino-russische Zusammenarbeit durch Treffen ranghoher Politiker bestärkt

Nach der im August und September intensivierten Kooperation im militärischen Bereich (vgl. C.a., 5/2005, Dok 1, Dok 6), festigten China und Russland auch in den Monaten Oktober und November ihre bilateralen Beziehungen. Den Auftakt der Ereignisse machten im Oktober dreitägige strategische Sicherheitsgespräche in Beijing, die erstmals im Februar stattfanden. Die Leitung des Treffens übernahmen der chinesische Staatsrat Tang Jiaxuan und der Sekretär des russischen Sicherheitsrates, Igor Ivanov. Xinhua zufolge bildeten die Hauptthemen des strategischen Dialoges die bilateralen Beziehungen, der Kampf gegen

den Terrorismus, die Nichtverbreitung von Kernwaffen, die Situation in Zentralasien sowie die Zusammenarbeit in der Shanghai Cooperation Organisation (SCO). Im Anschluss an den Sicherheitsdialog führte Ivanov am 21. Oktober auch ein Gespräch mit dem chinesischen Staats- und Parteichef Hu Jintao, der den strategischen Dialog als effektiven Kooperationsmechanismus bewertete.

Wenige Tage später traf Chinas Ministerpräsident Wen Jiabao zu einem eintägigen Treffen der Premierminister der SCO in Moskau ein. In einem bilateralen Gespräch mit dem russischen Präsidenten Vladimir Putin am 26. Oktober lobte er die sino-russischen Beziehungen und plädierte für den Ausbau der Handelskontakte. Russlands und Chinas Wirtschaft könnten einander ergänzen und hätten noch großes Wachstumspotenzial, sagte Wen. Putin bezeichnete die strategische Partnerschaft zwischen Russland und China als enge und langfristige Beziehung und als Priorität der russischen Außenpolitik.

In Vorbereitung eines regulären sino-russischen Treffens der Ministerpräsidenten traf sich am 1. November eine Kommission unter der Leitung von Vize-Premierministerin Wu Yi und ihrem russischen Amtskollegen Alexander Zhukov in der südchinesischen Provinz Hainan. Das Abschlussprotokoll dieses Treffens beinhaltete neben Kooperationsbestrebungen in den Bereichen Wissenschaft, Technologie, Weltraumforschung sowie Infrastruktur auch die Vereinbarung, russische Energielieferungen an China zu erhöhen.

Direkt im Anschluss an das Treffen der Kommission begann der zweitägige offizielle Besuch des russischen Premierministers Mikhail Yefimovich Fradkov in China. Anlass seiner Reise war das 10. sino-russische Treffen der Ministerpräsidenten am 3. November in Beijing. In der Großen Halle des Volkes traf Fradkov mit seinem chinesischen Amtskollegen Wen Jiabao zusammen. Beide Seiten zogen eine posi-

tive Bilanz der bilateralen Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren. Die chinesisch-russischen Beziehungen seien besser denn je, betonte Wen Jiabao während des Treffens. Er machte eine Reihe von Vorschlägen zum weiteren Ausbau der Zusammenarbeit, wobei ökonomische Themen und die Energiekooperation im Vordergrund standen. Fradkov versicherte seinem Gegenüber die uneingeschränkte Bereitschaft Russlands zur Zusammenarbeit im Energiebereich und deutete, laut Interfax, den Bau einer Ölpipeline an. Neben bilateralen Fragen tauschten sich die beiden Premierminister auch über regionale und internationale Themen von beiderseitigem Interesse aus und verurteilten in diesem Zusammenhang jegliche Art des Terrorismus. Das sino-russische Treffen der Premierminister endete mit der Unterzeichnung eines gemeinsamen Kommuniqués und weiterer zehn Dokumente.

Während seines Besuches in China wurde der russische Premier Fradkov auch von Staats- und Parteichef Hu Jintao sowie von Parlamentspräsident Wu Bangguo empfangen. Beim Treffen mit dem chinesischen Staatspräsidenten sprachen sich die beiden Politiker für eine Vertiefung der strategischen und kooperativen Partnerschaft zwischen Russland und China aus.

Auch der APEC-Gipfel am 18. und 19. November im südkoreanischen Busan, gab Gelegenheit zu einem bilateralen Austausch zwischen China und Russland. Der russische Außenminister Sergey Lavrov traf dort mit seinem chinesischen Amtskollegen Li Zhaoxing zusammen. Gemeinsam erörterten sie die Situation auf der Koreanischen Halbinsel, die Nuklearfrage im Iran sowie weitere Themen von internationaler Bedeutung, berichtete ITAR-TASS. (Xinhua, 21., 26., 27.10.05, nach BBC EF, 21., 26., 27.10.05; XNA, 20., 21., 26.10., 1., 4., 15.11.05; RTR Russia TV, 26.10.05, nach BBC PF, 26.10.05; RIA news agency, 1., 3.11.05, nach BBC EF, 1., 3.11.05; ZXS, 3.11.05, nach BBC EF, 3.11.05; Interfax news agency, 3., 4.11.05, nach BBC EF, 3.,

4.11.05; ITAR-TASS 15.11.05, nach BBC PF, 15.11.05) -cam-

## 5 Positive Signale Nordkoreas beim Staatsbesuch von Hu Jintao

Viele Augen waren auf Nordkorea gerichtet, als Chinas Staats- und Parteichef Hu Jintao vom 28. bis 30. Oktober zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch nach Pyeongyang reiste, wo er mit allen Ehren empfangen wurde. Sein Besuch auf Einladung des nordkoreanischen Machthabers Kim Jong-il fand nur wenige Wochen nach der vierten Runde der Sechs-Parteien-Gespräche statt, auf der es erstmals zu einem nennenswerten Verhandlungserfolg in der Nuklearfrage gekommen war. Kurz nach dem Treffen der beiden Spitzenpolitiker begann in Beijing eine weitere Runde der Sechsergespräche (siehe Fokus in diesem Heft).

Nach mehrfachen Rückziehern Nordkoreas von zuvor gemachten Zusagen blickten internationale Beobachter mit Spannung nach Pyeongyang. Das Treffen brachte die erhofften Signale für den weiteren Verhandlungsprozess. Der nordkoreanische Machthaber äußerte sich im Gespräch mit Hu Jintao erstmals positiv zu dem bislang erreichten Resultat der Sechs-Parteien-Gespräche. Er bezeichnete die Gemeinsame Erklärung vom 19. September (vgl. C.a., 5/2005, Dok 2) als „mühsam erreicht und von positiver Bedeutung“ (AG Friedensforschung online, 31.10.05) und sicherte zu, Nordkorea werde im November, wie geplant, an der fünften Verhandlungsrunde teilnehmen. Kim würdigte außerdem die Rolle Chinas als Vermittler im Verhandlungsprozess. Auch das nordkoreanische Außenministerium bekräftigte, Nordkorea werde sich an die Grundsätze der September-Erklärung halten und wolle durch Dialog die Schaffung einer atomwaffenfreien koreanischen Halbinsel erreichen.

Während Hu Jintaos erstem Nordkoreabesuch seit seinem Amtsantritt als Staatspräsident im Jahr

2002 kam es auch zu einem Austausch über weitere regionale und internationale Themen von gemeinsamem Interesse. Darüber hinaus vereinbarten Hu und Kim auch, die bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Handel zu verstärken, was auch die weitere Ausbildung nordkoreanischer Fachkräfte in China einschließt. China fordert das kommunistische Nachbarland seit einigen Jahren auf, ökonomische Reformen nach chinesischem Vorbild durchzuführen.

Als einziger mächtiger Verbündeter des international isolierten Staates bemüht sich China weiterhin die traditionelle Freundschaft zu Nordkorea zu pflegen. Auch dieser Besuch wurde zum Anlass genommen, die guten Beziehungen zwischen beiden Ländern und Parteien zu loben und auszubauen. Hu Jintao erklärte, die chinesisch-nordkoreanische Freundschaft fördere die Friedenserhaltung und die Entwicklung des Wohlstands in der Region. (Deutsche Welle World online, 28.10.05; ST, 22., 28.10.05; XNA, 28., 30.10.05; Xinhua, 28., 29.10.05, nach BBC PF, 28., 29.10.05; NZZ, 29./30.10.05; ZTS, 30.10.05, nach BBC PF, 30.10.05; SCMP, 30.10.05; FAZ, 31.10.05, S.7; China Radio International online, 4.12.05) -cam-

## 6 Wirtschaft und Waffenembargo im Fokus der Europareise Hu Jintaos

Auf seiner Westeuropareise im Monat November besuchte der chinesische Staats- und Parteichef Hu Jintao Großbritannien (8.-10.11.), Deutschland (10.-13.11.) und Spanien (13.-15.11.). Hauptziel sei es, für die Aufhebung des 1989 gegen China verhängten Waffenembargos zu werben, erklärte der chinesische Außenminister Li Zhaoxing vor Beginn des Besuches von Hu ganz offen. Er bezeichnete das Embargo als „politische Diskriminierung“ und betonte, es sei das größte Hindernis in den europäisch-chinesischen Beziehungen. (ZTS, 5.11.05, nach BBC PF, 5.11.05; ST, 5.11.05) Ursprünglich plante die EU in diesem Jahr eine Aufhebung des Waffenembar-

gos, beugte sich dann jedoch dem Druck Washingtons und verwarf die Absicht vorerst (siehe C.a., 2/2005, Dok 1).

Mittlerweile haben sich die Positionen zu diesem Thema auch in Europa verändert. Sprach sich die britische Regierung in der Vergangenheit gegen eine Beendigung des Embargos aus, so tritt sie nun öffentlich stärker dafür ein. (ST, 12., 16.11.05) Eine entgegengesetzte Entwicklung fand in Deutschland statt, wo sich Gerhard Schröder in den vergangenen Jahren vehement gegen das Embargo einsetzte. Im neuen Kabinett unter Bundeskanzlerin Angela Merkel stehe eine Aufhebung des Waffenembargos nicht auf der Tagesordnung, erklärte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Im Gespräch mit dem chinesischen Staatsgast erwähnte die designierte Kanzlerin Merkel das sensible Thema jedoch nicht. Sie äußerte stattdessen den Wunsch, die engen Beziehungen mit China fortzusetzen, gleichzeitig aber auch den Dialog in Fragen der Menschenrechte zu intensivieren. Intern hieß es, das Thema des Waffenembargos werde in Zukunft an die Frage der Menschenrechte gekoppelt.

Auch der ungewöhnlich offene Aufruf von Bundespräsident Horst Köhler nach mehr Freiheit und Demokratie für Chinas Bürger sowie diverse Demonstrationen gegen die chinesische Regierung, die den Staatsbesuch in allen drei Ländern begleiteten, werden Hu wohl kaum gefallen haben.

Neben diesen unbequemen Themen bot der Drei-Länder-Besuch in Europa jedoch auch viel Gelegenheit dazu, die gemeinsame Zusammenarbeit zu loben und auszubauen. Deutschland und China gründeten das Chinesisch-Deutsche Dialog-Forum, das sich abwechselnd in beiden Ländern treffen wird. Dieser neue Kooperationsmechanismus soll den Regierungen beider Staaten Vorschläge zur bilateralen Zusammenarbeit unterbreiten. In allen drei besuchten Ländern betonte Hu Jintao in seinen Reden Chinas Weg einer friedlichen Entwicklung und warb

für die Ausweitung der Kooperation. Er verbreitete die Botschaft, Chinas Wirtschaftsboom sei für Europa keine Bedrohung, sondern eine Chance.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die mit Vertragsunterzeichnungen im Wert von mehreren Milliarden Euro erneut Erfolge verzeichnen konnte, stand eindeutig im Vordergrund der Europareise. Während in Deutschland die chinesische Bestellung von ICE-Zügen und eine Bankenkooperation besiegelt werden konnten, profitierte Spanien hauptsächlich in der Telekommunikationsbranche und Großbritannien überwiegend im Bereich der Luftfahrt.

Die spanisch-chinesischen Beziehungen erfuhren mit dem Besuch Hu Jintaos eine Aufwertung zur „privilegierten Partnerschaft“. Diesen Status erhielten von China bislang in Europa nur Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Außerdem konnten 16 spanisch-chinesische Abkommen geschlossen werden, darunter auch Kooperationen im Energiebereich sowie ein Auslieferungsvertrag für verurteilte Straftäter – der erste zwischen einem Staat der Europäischen Union und der VR China. Sowohl Spanien als auch Deutschland intensivierten während des Besuches die parlamentarische Zusammenarbeit mit China. Mit einer Ausstellungseröffnung in London und der Grundsteinlegung für das Chinesische Kulturzentrum in Berlin konnte darüber hinaus auch der kulturelle Austausch auf bilateraler Ebene gefördert werden. In Großbritannien wurden weiterhin besonders Fragen des Klimawandels und der internationalen Sicherheit diskutiert.

Ob Hu Jintao das erklärte Hauptziel seiner diplomatischen Bemühungen in Europa erreicht hat, kann jedoch bezweifelt werden. Spanien und Großbritannien sicherten dem chinesischen Staatsgast zwar ihre Unterstützung in der Frage des Waffenembargos zu, mit der gegenwärtig ablehnenden Haltung in Deutschland wird es innerhalb Europas jedoch in na-

her Zukunft keine Einigung bezüglich dieses Themas geben. (FT, 12./13.11.05, S. 3; Xinhua, 14.11.05, nach BBC PF, 14.11.05; Xinhua, 9., 10., 11.11.05, nach BBC EF, 9., 10., 11.11.05; XNA, 8., 9., 10., 12., 13., 15.11.05; ZTS, 5.11.05, nach BBC PF, 5.11.05; ST, 10., 12., 16.11.05; ddp news agency, 10.11.05, nach BBC EF, 10.11.05; *Berliner Zeitung*, 10., 12./13., 23.11.05; SCMP, 10., 11., 12., 13., 14., 16.11.05) -cam-

---



---

## Innenpolitik

Heike Holbig / Katrin Willmann

---



---

### 7 Erstes Weißbuch zur „politischen Demokratie“ in China

Am 19. Oktober hat das Informationsbüro des Staatsrats ein Weißbuch mit dem Titel *Der Aufbau politischer Demokratie in China* veröffentlicht. Es handelt sich um das erste Weißbuch dieser Art, dessen Ausarbeitung nach Aussagen eines Vertreters des Autorenkollektivs über ein Jahr in Anspruch genommen hat und an dem über einhundert Experten mitgewirkt haben.

Das Weißbuch erschien wenige Tage, nachdem der US-amerikanische Kongress und mehrere hochrangige US-Politiker, darunter Robert Zoellick und Donald Rumsfeld sowie der neue Weltbank-Präsident Paul Wolfowitz an die chinesische Führung appelliert hatten, der Bevölkerung mehr politische Partizipationsrechte zu gewähren und in stärkerem Umfang demokratische Wahlen zuzulassen. Ein Sprecher des chinesischen Staatsrats stritt jedoch ab, dass der Zeitpunkt der Veröffentlichung des Weißbuchs in einem inhaltlichen Zusammenhang mit diesen Appellen stünde.

Das umfangreiche Dokument (32.000 Zeichen, 74 Seiten in englischer Übersetzung, nachzulesen unter [http://news.xinhuanet.co/english/2005-10/19/content\\_3645750.htm](http://news.xinhuanet.co/english/2005-10/19/content_3645750.htm); Originaltext unter RMRB,